

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924**

16.7.1924 (No. 164)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 958
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K u e n d.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und andwärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Preise auswärts frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipale Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Direktorium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsverfügung, Arrest, Pfändung, Beschlagnahme, Betriebsänderung im eigenen Betrieb oder sonstiger Abänderung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

Die Londoner Konferenz

Die Politik der großen Staaten Europas hat eine gewisse Zwangsläufigkeit. Die geographische Lage und ganz bestimmte Kasseeigentümlichkeiten drücken in Verbindung mit den allgemeinen, machtpolitischen Zielen, der Politik eines jeden Großstaates den historischen Stempel auf. So ist der Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ein historischer. Während sich aber diese gegnerische Einstellung auf deutscher Seite meist mit der Defensive zu begnügen hatte, ist sie auf französischer Seite stets im wesentlichen aggressiver Natur gewesen. Und zwar hat es sich dabei immer um das Streben nach dem Besitz des Rheines gehandelt.

Dieser Kampf um den Rhein ist es, der dem Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich seine Eigenart verleiht. Der Krieg 1870/71 entschied ihn völlig zu unseren Gunsten, insofern, als er Frankreich auch vom Oberrhein (Elsass-Lothringen) hinwegdrängte. Der Friedensvertrag von Versailles hat Frankreich diese verlorene Position am Oberrhein wiedergegeben, gleichzeitig aber auch in ihm von neuem den Wunsch nach der Herrschaft über den ganzen Rhein erweckt. Was man französischen Nationalismus nennt, das ist die parteipolitische Zusammenfassung aller Kräfte, die auch um den Preis weiterer Kriege die Herrschaft über den Rhein erstreben.

Nun liegen die Dinge aber so, daß bei dem Andringen der slavischen Mächte von Osten her und bei der dadurch bedingten Verengung des für uns geliebten Lebensraumes, die französische Herrschaft über den Rhein gleichbedeutend wäre mit der französischen Herrschaft über Deutschland. Und da, wirtschaftspolitisch gesehen, die wichtigsten Gebiete des Reiches am Rhein und an der Ruhr liegen, würde diese Herrschaft vor allem auch eine wirtschaftspolitische sein. Für uns Deutsche ist der Kampf um den Rhein also ein Existenzkampf, für Frankreich lediglich eine Angelegenheit der Machtigkeit.

Frankreich, das nach 1871 ohne jede nennenswerte Störung von deutscher Seite her, in Afrika und zum Teil in Asien ein Kolonialreich von riesenhaftem Umfange gründen konnte und wirtschaftlich aus Eigenem besteht (also autark) ist, benötigt die Herrschaft über den Rhein nicht; es sei denn, daß es die Absicht hegt, den ganzen Kontinent seiner Hegemonie zu unterwerfen. Daß der französische Nationalismus (Poincaré) diese Absicht hat, wird wohl heute von niemandem mehr bestritten werden.

Aber ebenso wenig ist zu bestreiten, daß dieser unverhüllte Imperialismus andere Mächte auf den Plan gerufen hat, Mächte, deren Politik gleichfalls aus historischer Zwangsläufigkeit heraus es nicht zulassen darf, daß Frankreich Deutschland und damit Europa sich und seinen Wünschen tributär macht. So ist der Gegensatz Englands gegen Frankreich — ein Gegensatz, der gleichfalls die Jahrhunderte beherrscht — wieder lebendig geworden. Italien und Amerika aber stehen auf der Seite Englands. Dasselbe England, das immer den übermächtig gewordenen Kontinentalstaat niederzuringen versuchte, mußte zum Gegner Frankreichs werden, sowie dieses Frankreich kontinentale Hegemonialpolitik trieb. Es ist also weiter gar nicht verwunderlich, daß ein Bonar Law und Baldwin mit dem Frankreich Poincarés die schwersten Sünden hatten, während sich jetzt immerhin eine Besserung der Beziehungen bemerkbar macht. Damals war eben der französische Nationalismus in Paris an Ruder, und heute haben wir die Regierung Serriot.

Allerdings scheint es so, als ob auch die Regierung Serriot sich der Zwangsläufigkeit der französischen Politik nicht ganz entziehen könnte. Und, weil sie sich ihr nicht entziehen kann, weil sie in mancherlei Punkten dort wieder anfängt, wo der Poincarismus aufgehört hat, hat sich von neuem jene Komplikation ergeben, die zu befeitigen die erste Aufgabe der Londoner Konferenz ist. Worin diese Komplikation besteht, läßt sich heute ganz klar erkennen. Auch das Frankreich Serriots versucht offenbar die Durchführung des Sachverständigenberichts in solche Bahnen zu lenken, daß ihm prinzipiell immer noch die Möglichkeit offen bleibt, bei etwaigen „großen Verfehlungen Deutschlands“ seine alte Politik der Sanktionen, d. h. seine alte Politik der Herrschaft über den Rhein und der kontinentalen Hegemonie wieder aufzuwärmen. Das ist es aber, was aus rein wirtschaftlichen Erwägungen und auch aus machtpolitischen Gründen England, Amerika und Italien nicht wünschen. Die Möglichkeit, daß Frankreich von neuem militärisch gegen Deutschland vorgeht und von neuem über den Wortlaut des Friedensvertrags hinaus Gebiete besetzt, diese Mög-

lichkeit imperialistischer Extratouren Frankreichs soll ein für alle Mal ausgeschlossen sein. Und im Zusammenhang mit diesem Wunsch der Alliierten gilt auch die baldige militärische Räumung der widerrechtlich besetzten Gebiete als eine Selbstverständlichkeit.

Das ist also der Punkt, an welchem die Köpfe zusammenstoßen werden. Beharrt Frankreich bezw. das Kabinett Serriot bei der Auffassung, daß es angesichts etwaiger Verfehlungen Deutschlands gefordert vorgehen könne, erklärt es sich nicht damit einverstanden, daß Sanktionen nur auf Grund von Gemeinschaftsbeschlüssen ausgeführt werden dürfen, so ist die Londoner Konferenz gescheitert und die Durchführung des Sachverständigenberichts unmöglich.

Denn die amerikanischen und sonstigen Geldgeber werden nur einem souveränen Deutschland Kredit te bewilligen, nicht aber einem Deutschland, das jeder Zeit durch einen Zugriff von Paris aus in eine Art französische Kolonie verwandelt, oder in ein bolschewistisches Chaos gestürzt werden kann. Die Finanzwelt will nicht nur ihre wirtschaftlichen, sondern auch ihre politischen Sicherheiten. Und solche Sicherheiten sind nur dann gegeben, wenn Frankreichs eigenmächtige Sanktionen unmöglich gemacht werden. Neben diesem Hauptpunkt spielt die Frage der Reparationskommission nur eine formale Rolle.

Nun ist die Situation allerdings so, daß England, Amerika und Italien, wenn sie zu energischem und einmütigem Vorgehen entschlossen sind, sehr wohl die Macht haben, Frankreich zur Vernunft zu bringen. Die Druckmittel, die zumal Amerika anwenden kann, sind so stark, daß Frankreich es sich wohl überlegen würde, ob es ihnen trotzen will. Aber Amerika muß den Willen zur Tat aufbringen. Dann wird auch die Lösung der Frage, welche Befugnisse die Reparationskommission bei der Durchführung des Sachverständigenberichts haben soll, sehr bald gefunden sein. Entweder schaltet man die Reparationskommission überhaupt aus, wie es ja der ursprüngliche Plan Englands ist, oder man delegiert, der letzten Pariser Note entsprechend, einen Amerikaner in die Reparationskommission. Denn diese Kommission war nicht gefährlich, weil sie als solche existierte, sondern nur deshalb, weil sie völlig unter französischem Einfluß stand.

Die Londoner Konferenz beginnt heute. Sie wird nach den Tagen von Versailles die Konferenz sein, der die größte Bedeutung für die Geschichte Europas beizumessen ist.

Zusammentritt der Londoner Konferenz

Heute findet die Eröffnung der Londoner Reparationskonferenz im Vorkaufersaal des Foreign Office um 11 Uhr vormittags statt. Macdonald hält die Eröffnungsrede. Dann werden die Delegierten das Programm der Konferenz aufstellen.

Die Eröffnungskonferenz findet nur unter Teilnahme der Vertreter Englands, Belgiens, Italiens, Frankreichs, Japans und der Vereinigten Staaten statt. Serriot ist bereits gestern in London eingetroffen.

Die Vertretung Amerikas
Es wird bekannt gegeben, daß Owen Young, zusammen mit dem Vorkaufersaal des Foreign Office um 11 Uhr vormittags teilzunehmen werde. Als Young zum ersten Mal in Verbindung mit der Stellung eines Vorsitzenden in dem im Damesplan vorgesehenen Transfer-Komitee erwähnt wurde, lehnte er ab. Seine Freunde sagen indessen, daß er sich entschlossen habe, den Vorschlag vorübergehend anzunehmen, nachdem er Konferenzen mit Coolidge und Hughes gehabt hatte, in denen ihm der Präsident energisch drängte, mit dem Vorkaufersaal in London, Kellogg, zusammenzuarbeiten. Die Ansicht geht dahin, daß er ganz besonders geeignet sei, als Mitarbeiter an der Durchführung des Sachverständigengutachtens mitzuwirken.

W.D. Paris, 16. Juli. Die Reparationskommission hat gestern das amerikanische Mitglied des Sachverständigenausschusses Owen Young zu dem im Sachverständigenbericht vorgesehenen Agenten für die Reparationszahlungen ernannt.

Die Bedingungen der Reparationskommission
W.D. Paris, 16. Juli. Die Reparationskommission hat gestern in drei offiziellen Sitzungen, die am Abend in eine offizielle Sitzung umgewandelt wurden, sich mit den Fragen beschäftigt, die durch das Serriot-Macdonald-Abkommen vom 9. Juli aufgeworfen worden sind. Dabei hat sie die Bedingungen festgelegt, die nach ihrer Ansicht erfüllt werden müssen, wenn der Damesplan als erfüllt betrachtet werden soll. Die Mitteilungen, welche der „Main“ und der „Paris“ über die Verhandlungen verbreitet haben, finden eine Nichtigstellung in folgender von der Reparationskommission selbst ausgegebenen Darstellung:

Die Reparationskommission hat unter dem Vorsitz Barthous von der Aufforderung, die durch die französische und die eng-

lische Regierung an sie gerichtet worden ist, Kenntnis genommen und einstimmig beschlossen, daß die Inkraftsetzung des Sachverständigenberichts folgendes verlangt:

- 1. Die Annahme der für das Funktionieren des Planes erforderlichen Gesetze in der von der Reparationskommission genehmigten Form durch den Reichstag und deren Verkündung.
2. Die Einrichtung aller im Plane vorgesehenen Ausführungs- und Kontrollorgane zum Zwecke des normalen Funktionierens.
3. Die endgültige Errichtung der Bank und der Reichsbahn-Gesellschaft gemäß den Bestimmungen der sie betreffenden Gesetze.
4. Die Übergabe von Certifikaten an den Treuhänder, sowohl für die Eisenbahnobligationen als auch für die im Bericht des Organisationsausschusses vorgesehenen Industrieobligationen.
5. Der Abschluß von Verträgen, durch die die Unterbringung der Anleihe von 800 Millionen nach Inkrafttreten des Planes und nach Erfüllung aller Bestimmungen des Sachverständigenberichts sichergestellt wird.

W.D. Paris, 16. Juli. Der Londoner Berichterstatter des „Newport Herald“ meldet, der Vorschlag, den Baldwin gestern im Unterhause gemacht habe, durch die Reparationskommission einen besonderen Ausschuss einzusetzen zu lassen, um die Fragen, die im Zusammenhang mit den etwaigen Verfehlungen auftauchen, zu regeln, habe in der gestrigen Sitzung des Kabinetts eine günstige Aufnahme gefunden. Premierminister Macdonald werde Serriot diesen Vorschlag unterbreiten, und es sei möglich, daß er sich als die Lösung einer der schwierigsten Fragen erweise, die der Konferenz vorlägen.

Politische Neuigkeiten

Der Reichsernährungsminister über die Agrarschutzzölle

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Graf Ranitz hatte mit einem Vertreter des W.D. eine Unterredung über die Notlage der Landwirtschaft. Es handelt sich heute darum, so erklärte der Minister, ob sich die deutsche Volksernährung in Zukunft vorzugsweise auf die Produktion der heimischen Scholle, oder auf die Einfuhr stützen soll. Die deutsche Volksernährung sei in greifbarer Zukunft gefährdet, wenn die nötigen Vorkehrungen nicht heute schon getroffen würden. Keine Regierung dürfe latentlos zusehen, daß die Landwirtschaft unter dem Druck der Notlage zum Extensivbetrieb übergehe. Die Landwirtschaft sei bereits auf dem Wege zur Extensivierung. Aus allen Landesteilen lägen Nachrichten vor über den berechtigten trostlosen Pessimismus der Bauern und über den mangelnden Mut, in ernsthaften und gewohntem Umfang an die Bestellung des Brotgetreides für das nächste Jahr zu gehen. Vom Ernährungsstandpunkt aus sei es Pflicht der Regierung, durch Kredithilfe und durch Steuererleichterung, durch Ausfuhr und Zölle eine wirkliche, nachhaltige Erleichterung zu schaffen. Leider fehlten für eine Kredithilfe die Mittel, und ein radikaler Abbau der Steuern würde den Staatshaushalt umwerfen und die Gefahr einer neuen Inflation heraufbeschwören. Durch die Freigabe der Ausfuhr sei keine durchgreifende Erleichterung zu erreichen. Es bleiben daher die Zölle.

Der Ernährungsminister verbreitete sich sodann über das Thema der Schutzzölle, die erfahrungsgemäß geeignet sind, die Produktion zu vermehren. Die von der Reichsregierung gleichzeitig mit der Einführung der Schutzzölle geplante Herabsetzung der Umsatzsteuer dürfte die Ladenpreise trotz der eventuellen Auswirkung der Zölle in absolut erträglichen Grenzen halten. Die durchaus ungerechtfertigte Spannung der Mehlpreise zwischen Berlin und München von 50 Proz. zeige, daß der Getreidepreis auf den Mehlpreis keine ausschlaggebende Wirkung habe. Die Behinderung der Einfuhr von Gefrierfleisch die entgegen tendenziösen Nachrichten tatsächlich nur 5 Proz. des gesamten deutschen Fleischkonsums ausmache, sei nicht beachtlich.

Graf Ranitz schloß, daß maßvolle Agrarzölle unbedingt eine Steigerung der heimischen Agrar-Produktionsbewegung bewirken, desgleichen aber auch mit dem Steigen der Kaufkraft der Landwirtschaft eine Steigerung der Industrie-Produktion und somit also bessere Arbeits- und Lohnbedingungen bei der Industrie. Umgekehrt sei heute durch fehlende Absatzmöglichkeiten der Industrie an die Landwirtschaft der Arbeitsmarkt bereits gefährdet. Abgesehen von der vor zwei Jahren erfolgten Einführung der automatischen Industriezölle volkswirtschaftlich nicht angängig, Industriezölle, aber keine Agrarzölle zu erheben, da die durch Zölle nicht geschützte Landwirtschaft die durch die Industriezölle verteuerten Produktionsmittel von der Industrie kaufen müsse. Die Wahrung der Parität auf diesem Gebiete sei eine Selbstverständlichkeit. Was die Auswirkung der Agrarzölle auf die Lebenshaltung des Arbeiters anbelange, brauche man, so führte der Minister aus, eine weitere fühlbare Verteuerung überhaupt nicht zu befürchten, wenn es gelinge, die Zwischenglieder zwischen Agrarproduzenten und Verbrauchern auf allen Gebieten zu einer Verbrauchsstruktur zu bewegen. Zur Erleichterung dieses Zieles werde die Regierung kein Mittel unversucht lassen. Im übrigen werde eine bessere Beschäftigung der Industrie infolge der Wiederherstellung der Kaufkraft der Landwirtschaft bessere Bedingungen und Verbilligungen der Produktion auf allen Gebieten automatisch zur Folge haben. Erfahrungsgemäß entfehle die größte Belastung des Verbrauchers immer durch den Rückgang der agrarisch-industriellen Produktion.

Der Ernährungsminister erinnerte schließlich daran, daß ein aus monatelangen Beratungen hervorgegangenes Gutachten des Reichswirtschaftsrates als sachliche Unterlage für die jetzige Regierungsvorlage betreffend die Agrarzölle diene. Das Problem liege nicht darin, wie man dem Volke für die

nächste Zeit möglichst billiges Brot schaffe, sondern darin, wie für die Zukunft erträglich, vor allen Dingen gleichbleibende Preise erzielt würden. Die Verantwortung dieses Problems könne nur in der heutigen Gesetzesvorlage gefunden werden. Jede andere Regierung werde freiwillig oder unfreiwillig sehr bald vor derselben Frage stehen u. zwangsläufig zu einer Antwort kommen, die zwar sehr unpopulär, deswegen aber nicht weniger notwendig sei. Es handele sich bei der Vorlage um die unerlässliche Schaffung eines Provisoriums aus rein zweckmäßigen Gründen, dessen sofortige Vorlage aus ernährungs- politischen und anderen politischen Gründen unerlässlich sei.

W.B. Berlin, 15. Juli. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, v. Kanitz, hat nachmittags die Führer der Gewerkschaften zu einer Besprechung über die Lage der Landwirtschaft und die damit zusammenhängende Schutzollfrage empfangen.

Zu den Besprechungen melden die Blätter noch, daß eine Übereinstimmung nicht erzielt worden sei. Grafmann lehnte namens der freien Gewerkschaften alle schutzpolitischen Maßnahmen mit Rücksicht auf die Ernährungslage der städtischen Bevölkerung ab. Der Vertreter der Christlichen Gewerkschaften Baltrusch vom Deutschen Gewerkschaftsbund erklärte sich unter gewissen Voraussetzungen für die Schutzollvorlage der Regierung, allerdings müsse diese im Zusammenhang mit der gesamten Zolltarifpolitik durchgeführt werden. Für die Christlichen Gewerkschaften teilte Lemmer mit, daß, ohne die Frage der Schutzollpolitik grundsätzlich zu entscheiden, im Augenblick die Vorlage der Reichsregierung aus wirtschaftlichen und politischen Gründen abzulehnen sei. Dem „Vorwärts“ zufolge soll über die Frage der Schutzölle mit den Gewerkschaften noch weiter verhandelt werden.

#### Das Industrieobligationen-Komitee

Das Komitee zur Vorbereitung der im Sachverständigenbericht vorgesehenen Emission der deutschen Industrieobligationen hat nun ebenso wie das Bankkomitee seine Arbeiten beendet und seinen Bericht fertiggestellt auf Grund dessen die deutsche Regierung die erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen vorbereiten wird.

Die Arbeiten des Komitees waren in den ersten Wochen auf starke Schwierigkeiten gestoßen in der Person des französischen Delegierten Desamps der in Vertretung gewisser Sonderinteressen der französischen Schwerindustrie mit seinen Forderungen weit über die im Sachverständigenbericht gezogenen Grenzen hinausgegangen war. Erst die Demission Desamps und die Auswahl eines neutralen Mitgliedes in der Person des schwedischen Finanzmannes Wallenberg machte ein positives Arbeiten möglich, das, wie die „Frank. Ztg.“ aus Paris meldet, nach langwierigen Verhandlungen zu einem den Interessen aller Beteiligten gerecht werdenden Kompromiß geführt hat.

#### Die Berliner Besprechungen der Finanzminister

Die Besprechungen der Finanzminister über die Zahlung der Restkaufsumme aus dem Übergang der Eisenbahnen sind am Dienstag, wie W.B. meldet, im Reichsfinanzministerium unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Luther fortgesetzt worden. Dabei wurden noch einmal die aus dem Staatsvertrag über die Eisenbahnen sich ergebenden finanziellen Fragen eingehend durchgesprochen. Die Beratungen sind noch nicht zum Abschluß gekommen und werden demnächst fortgesetzt.

Von zuständiger Münchner Stelle wird mitgeteilt: Die Reichsregierung beabsichtigt demnächst mit der bayerischen Staatsregierung in Besprechungen über die Eisenbahnfrage einzutreten. Der Termin für die Verhandlungen steht noch nicht endgültig fest. Voraussichtlich werden die Besprechungen noch in dieser Woche beginnen. Sie finden in München statt.

#### Kurze Nachrichten

Die Finanzgebarung des Reichs. Vom 1. bis 10. Juli 1924 betragen die Einnahmen bei der Reichshauptkasse rund 106,7 Millionen und die Auszahlungen 96,8 Millionen, mithin der Überschuß 9,9 Millionen Goldmark. Damit verringert sich der gesamte Fiskusbedarf seit dem 1. April 1924 auf rund 25,2 Millionen Goldmark. Der Erlös aus der Begebung von Rentenmarktschuldscheinen weist für die genannte Zeit eine Zunahme von rund 30,3 Millionen Goldmark auf.

Das Reichsabinett genehmigte den Entwurf eines Münzgesetzes, der die Prägung von Goldmünzen zu 10 und 20 Reichsmark, von Silbermünzen von 1—5 Reichsmark und von Stücken über 1, 2, 5, 10 und 50 Pfennigen vorsieht. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes wird später von der Reichsregierung bestimmt. Angenommen wurde ferner ein Entwurf der Reichsdienststrafordnung.

Scheidemann in den Ruhestand versetzt. In einer vertraulichen Sitzung der Stadtverordneten in Kassel wurde von den anwesenden Mitgliedern der Reichsparteien und des Zentrums endgültig beschlossen, den Oberbürgermeister Scheidemann sowie die Stadträte Rosenfeld und Wittrod und den Oberbaudirektor Böhle zum 1. September in den Ruhestand zu versetzen.

Die Freilassung Ernst Toller. Der Dichter Ernst Toller ist am Dienstag, wie die „Frankf. Ztg.“ aus München meldet, nach voller Verbüßung seiner fünfjährigen Festungshaft aus Niederhörsheim entlassen worden.

### Badischer Teil

#### Verfassungsfeier — Kommunistische Demonstrationen

Das Pol. Büro der kommunistischen Partei Deutschlands in Berlin hat unterm 5. ds. Mts. den dieser Partei angeschlossenen Organisationen Mitteilung davon zugehen lassen, daß die für den Verfassungstag zur Feier desselben vorgesehene Versammlungsfreiheit zu kommunistischen Demonstrationen benutzt werden soll. Es heißt in der kommunistischen Instruktion: „Wir haben überall diese Gelegenheit auszunützen und aus den Versammlungen und Demonstrationen für die Demokratie solche für die Sowjetmacht zu machen. Je nach den örtlichen Verhältnissen ist von vornherein mit roten Fahnen, Sowjetsternen usw. zu demonstrieren, oder erst an Ort und Stelle mit unseren Emblemen usw. herauszurufen. Soweit wie irgend möglich muß jede republikanische Kundgebung zu einer Sowjetkundgebung umgebogen und der Verfassungstag ein Tag für die Diktatur des Proletariats werden.“

Wie wir hören, hat der Minister des Innern die Absicht, gegen Störungsversuche solcher Art ganz energisch einzuschreiten.

### Badischer Landtag

#### Abschluß der Schuldebatte im Haushaltsausschuß

In der Nachmittags-Sitzung am Donnerstag kam die Eingabe des Bad. Lehrervereins über „Kollegiale Schulleitung“ zur Ausprache. Von Zentrumsseite wird eine ablehnende Haltung zum Gedanken der kollegialen Schulleitung eingenommen; ein weiterer Zentrumsredner suchte nachzuweisen, daß der in Baden bestehende Rechtszustand auf diesem Gebiete schon eine Einrichtung der kollegialen Schulleitung bedeuete. — Ein demokratischer Redner tritt für die kollegiale Schulleitung ein. — Ein sozialdemokratischer Redner betonte, die Frage der kollegialen Schulleitung sei für seine Partei eine grundsätzliche Frage, insofern sie die Demokratisierung der Verwaltung im Sinne einer starken Betonung des Charakters der Arbeitseigenschaft bedeute. Die Regierung teile mit, daß in nächster Zeit eine Besprechung über diese Frage mit den Organisationen stattfinden solle, auf Grund deren die Angelegenheit dann berordnungsgemäß geregelt werde.

Eine größere Aussprache entspann sich dann über die Notlage der Junglehrer. Es sind über 1000 Schulkandidaten vorhanden, die noch keine Verwendung finden und wohl auch auf Jahre hinaus nicht untergebracht werden können. Die Regierung will deshalb freiwillige Kurse einrichten, um den jungen Leuten Gelegenheit zu geben, sich dort für einen anderen Beruf vorzubereiten. Kandidaten mit guten Zeugnissen sollen in den Schuldienst übernommen werden, sobald Stellen frei seien. Von demokratischer Seite wird auf die Forderungen in einer Eingabe des Bad. Lehrervereins abgehoben.

Von Zentrumsseite werden finanzielle Bedenken geltend gemacht, während ein sozialdemokratischer Redner darauf hinweist, es bestehe doch eine moralische Verpflichtung der Regierung den Junglehrern gegenüber; die Not sei außerordentlich groß, es handle sich vielfach um Söhne armerer Eltern, die mit Mühe und Not den Seminarsuch ihren Kindern ermöglichen wollten, und nun, da diese zu einer wirtschaftlichen Sicherstellung kommen sollten, auf der Straße liegen müßten. Die Regierung müsse hier unter allen Umständen helfend eingreifen und er wünsche deshalb eine empfehlende Kenntnisnahme der vorliegenden Eingabe. Demgemäß wurde dann auch mit 11 gegen 2 Stimmen bei 6 Enthaltungen beschlossen.

#### Die Neugestaltung des Handarbeitsunterrichts

Die sozialdemokratische Fraktion des Haushaltsausschusses hatte einen Antrag eingebracht, wonach die Ausbildung der Handarbeitslehrerinnen zu verstaatlichen, das Lehrerseminar M in Karlsruhe in ein solches für Handarbeitslehrerinnen umzuwandeln, das vom 1. April 1926 nur voll ausgebildete Handarbeitslehrerinnen zu verwenden und daß möglichst Jahresunterricht zu erteilen sei. Hierzu lagen auch noch einige Anträge von Seiten des Fachverbandes vor. Ein sozialdemokratischer Redner begründete zunächst die verschiedenen Punkte des sozialdemokratischen Antrages. Er wies auf die volkswirtschaftliche Bedeutung gerade dieses Unterrichts hin, daß es notwendig sei, auch in der Vorbildung der Handarbeitslehrerinnen moderne Wege zu gehen, um so für die weibliche Jugend eine möglichst gute Ausbildung nach der technischen und geschmacklichen Seite der weiblichen Handarbeiten zu sichern. — In der Debatte beteiligten sich Redner aller Fraktionen. Von Zentrumsseite wurden Bedenken geltend gemacht gegen eine zu frühe Einführung und zu große fundamentale Ausdehnung dieses Unterrichts, auch gegen etwaigen Zwang zur Einführung von Wandarbeitslehrerinnen. — Von demokratischer Seite wurde eine bessere geistliche Einstufung gewünscht; ein entsprechender Antrag wurde dann als Material zu einer Neugestaltung des Besoldungsgesetzes der Regierung überwiesen. Die sozialdemokratischen Anträge wurden mit einigen Abänderungen im wesentlichen einstimmig angenommen.

#### Das Finanzministerium

Die Beratung war an einem Tage, der sich allerdings bis 9 Uhr abends ausdehnte, beendet. — Interessant war insbesondere

#### Die allgemeine Debatte.

Sie wickelte sich wie folgt ab: Der Berichterstatter Abg. Seubert (Ztr.) stellte an den Staatspräsidenten und Finanzminister zu Beginn einige prinzipielle Fragen, worauf der Finanzminister sofort entgegnete: Die Finanzlage Badens habe seit seinem letzten Expotee sich nicht zu unseren Gunsten verändert. Die Ermäßigung der Umsatzsteuer im Reich von 2% auf 2 Prozent bedeutet für Baden einen Einnahmeverlust von zirka 700 000 Mark. Weiter haben sich nach dem neuesten Stand der Veranlagung die gewerblichen Betriebsvermögen geradezu katastrophal vermindert; die Verschönerung sei ungeheuerlich. Die Auswirkungen der Würzburger Finanzministerkonferenz bezw. deren Beschlüsse, seien bereits überholt. Der Verkehr zwischen dem badischen Finanzministerium und der Reichsfinanzverwaltung (Präsidenten des Landesfinanzamtes) sei sehr gut. Wir werden dazu kommen müssen, besondere Kommissare zu ernennen, die gleich dem früheren Vorgang und Verhalten des Reiches gegenüber den Ländern, jetzt die umgekehrte Aufgabe haben bei den Finanzämtern, als Reichsstellen, zu prüfen und sich dafür einzusetzen, daß die Erhebung der Steuern zugunsten des Landes richtig erfolgt.

Angeichts der Steuerpotenziale der letzten Tage im badischen Landtag, der Steuerbewilligungslust der Parteien, sehe er, der Finanzminister, der Rückübertragung der Steuerhoheit an die Länder mit sehr gemischten Gefühlen entgegen.

Von sozialdemokratischer Seite wurden an den Finanzminister die Fragen gerichtet, nach der Schutzollpolitik im Reich und nach den Vorgängen bei Besetzung des Präsidentenpostens bei der Reichsbahndirektion Karlsruhe.

Auf die erste Frage, Schutzollpolitik, erwiderte der Finanzminister, daß die badische Regierung hierzu noch keine Stellung genommen habe; die Vorlagen des Reiches seien erst erschienen und Reichsrat und Reichstag erst zugegangen. Auf die Frage des Präsidentenpostens der Reichsbahndirektion Karlsruhe teilte der Finanzminister mit, daß sich die badische Regierung von Anfang an auf den Standpunkt gestellt habe, daß die Besetzung nur mit ihrem Einvernehmen erfolgen könne. Demgegenüber habe sich der Reichsverkehrsminister auf den Standpunkt gestellt, daß dieses Einvernehmen nur landsmännlichen Charakter habe, die Person aber ausschließlich Sache des Reichsverkehrsministeriums sei. Die badische Regierung sei aber auf ihrem Standpunkt stehen geblieben und habe bis in die letzten Tage an ihrem Vorschlag, einem badischen Kandidaten, festgehalten, und erst nach bestimmter Ablehnung ihres Vorschlags einstimmig ihre Zustimmung für den Freiherrn Paul v. Elb-Ribbenack gegeben.

Auf die Neugestaltung der Reichsbahn in die Reichsbahn-Aktiengesellschaft eingehend, betonte der Finanzminister, daß die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Länder in erster Linie der Wahrung der Belange der Länder gegolten habe. Grundlegend sei, die Reichsbahn bleibe, auch nach Errichtung der Aktiengesellschaft, Eigentum des Reichs. Die Personalverordnung sei noch nicht feststehend. Die Bezahlung der Beamten dürfe nicht schlechter sein als die der übrigen Reichsbeamten. Dagegen sei wohl die Bezahlung aller leitenden Beamten für das neue Unternehmen völlig frei. Gerade das Reichsverkehrsministerium sei es gewesen, das den Standpunkt bei der letzten Besoldungserhöhung vertreten habe, die oberen Beamten gut zu bezahlen, hoch aufzubessern. Im Verwaltungsrat der neuen Reichsbahn-Aktiengesellschaft seien für die Länder 2 Sitze vorgesehen, wohl für Preußen und Bayern als die

größten Länder mit früherem eigenem Eisenbahnbetrieb. Der Reichseisenbahnrat und die Landesbahnräte sollen erhalten bleiben. Die Abfindung der Festangestellten der Länder soll ebenfalls in befriedigender Weise geregelt werden.

Auf die weitere sozialdemokratische Frage nach der Stellung der Arbeiter bei der neuen Reichsbahn-Aktiengesellschaft, erwiderte der Finanzminister sofort, daß die Rechte der Arbeiter im selben Umfang gewahrt werden, wie die Rechte der Beamten. Mit den Spitzenorganisationen in Berlin werde bereits hierüber beraten und verhandelt.

Weiter wurde beschlossen, die die Eisenbahn betreffenden und der dritten Lesung des Statuts, wozu die deutschen Vertreter bereits nach London abgereist seien.

Diese längeren Darlegungen des Finanzministers lösten natürlicher Weise eine längere Aussprache aus. Insbesondere erfuhr die Auslegung der Reichsverfassung wie des Staatsvertrages seitens des Reichsverkehrsministeriums eine scharfe Ablehnung; die Forderung des badischen Standpunktes seitens der badischen Regierung wurde allseits begrüßt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Belange der Länder, der Beamten und Arbeiter auch bei der neuen Reichsbahn-Aktiengesellschaft voll und ganz gewahrt würden.

Weiter wurde beschlossen, die die Eisenbahn betreffenden und vorliegenden Anträge bei der Beratung des Etats des Staatsministeriums mit zur Beratung zu stellen.

Hierauf wurde in die Einzelberatung des Etats des Finanzministeriums eingetreten, und sämtliche Positionen genehmigt.

#### Tageshefte im Kleinen Grenzverkehr — eine Warnung

Außerhalb des Gebietes des Kleinen Schweizer Grenzverkehrs ist häufig, wie eine Reihe von Beschwerden zeigen, die Ansicht verbreitet, daß nunmehr jeder, der an die Grenze kommt, ohne weiteres einen Tagesheftchen erhalten könne. Diese Auffassung ist unrichtig. Tagesheftchen sind grundsätzlich nur für Bewohner der Grenzzone bestimmt. Ausnahmsweise bei nachgewiesener Dringlichkeit und der Unmöglichkeit sich einen Sichtvermerk zu beschaffen, können sie auch an außerhalb der Zone Wohnende erteilt werden. Von der Schweizer Grenzpolizei in Basel wird genau darauf geachtet, daß der Abruf auf Tagesheftchen nur in den dafür vorgesehenen Fällen gestattet wird.

#### Die Angelegenheit des Amtmanns Dr. Lehmann beigelegt

Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt, daß die Angelegenheit zwischen Rechtsanwalt Diebold und Amtmann Dr. Lehmann in Karlsruhe, welche vor einigen Wochen in der Presse besprochen wurde, in einer den Rechtsanwalt Diebold durchaus befriedigenden Weise beigelegt worden ist.

#### Das Weinbauinstitut in Freiburg

teilt uns folgendes mit: Die Witten des Sauerwurmcs stiegen schon seit einigen Tagen. Allem Anscheine nach ist starkes Auftreten des Sauerwurmes zu erwarten, deshalb ist sorgfältige Bekämpfung angebracht, um zu großen Schäden zu vermeiden. Die Bekämpfung hat jetzt schon zu beginnen und ist nötigenfalls zu wiederholen. Als Bekämpfungsmittel kommen arsenhaltige Spritz- oder arsenhaltige Verstäubungsmittel in Betracht.

W.B. Schwetzingen, 15. Juli. Heute vormittag brach in dem hier zu Lagerzwecken benutzten Flügel der alten Dragoner-Lafette Grobfeuer aus, welches den ganzen Flügel in Asche legte.

DZ. Lehr, 15. Juli. Die Lohnunterschiede in der hiesigen Holzindustrie sind, wie man hört, durch gütliche Vereinbarungen beider Parteien beigelegt worden. Soweit möglich, wird nach neunwöchiger Arbeitspause in allen Betrieben die Arbeit im Laufe der Woche wieder aufgenommen.

#### Aus der Landeshauptstadt

Wegen Raummangels mühen wir einige für dieses Blatt vorgesehene Artikel für die nächsten Nummern zurückstellen.

Städt. Konzerthaus. Es sei darauf hingewiesen, daß der sehr unterhaltende Operettenschwank „Famille Raffte“ nur noch einige Male zur Aufführung gelangt. Wie bereits angezeigt, ist die nächste Operetteneinheit „Die schöne Wälsin“ von Hans E. Lincke, es findet die Hauptrolle besetzt mit den Damen Nerwola und Esffler, sowie den Herren Geiger, Gerhards, Koll, Seidl und Straßer. Leiter der Aufführung ist Direktor Pfeffer; die musikalische Leitung hat Kapellmeister Mühl.

#### Verschiedenes

##### Überschwemmungskatastrophe in China.

Schwere Wollenbrüche verursachten in China, in den Provinzen Hunan, Hunan, Anhwei und Kiangsi eine katastrophale Überschwemmung, so daß Tausende von Menschenleben verloren gingen und Hunderte von Dörfern zerstört wurden. Peking selbst wurde durch einen Dammbrechung am Bergfluh ebenfalls bedroht. Peking ist mit Ausnahme der Strecke nach Tientsin, welche aber durch Überschwemmungsgefahr bedroht ist, von allem Verkehr abgeschnitten. Die Stadt Kalgan, das größte Handelszentrum im Norden Chinas, ist durch eine Überschwemmung des Jangho-Flusses teilweise zerstört.

#### Handel und Wirtschaft

##### Berliner Devisennotierungen

	16. Juli		15. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	158,50	158,30	158,40	159,20
Kopenhagen 100 Kr.	67,58	67,92	67,58	67,72
Italien . . . 100 L.	18,00	18,10	18,05	18,15
London . . . 1 Pf.	18,27	18,36	18,320	18,410
Newyork . . . 1 D.	4,19	4,21	4,19	4,21
Paris . . . 100 Fr.	21,50	21,60	21,75	21,85
Schweiz . . . 100 Fr.	76,41	76,79	76,41	76,79
Wien 100000 Kr.	5,92	5,94	5,92	5,94
Brag. . . 100 Kr.	12,39	12,44	12,40	12,46

Zuteilung überall 100 Prozent.

Kein Laden! **Teppich-Huber** Gardinen / Cocos / Niedrige Preise Karlsruhe, Kaiserstraße 235 (Nähe Hirschgasse)